

Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik

Dr. Bettina Reimann



Dr. Bettina Reimann

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu),
Berlin

Informationen zum
angesprochenen
Verbundprojekt finden
sich unter:
www.zuwanderer-in-der-stadt.de.

Sehr geehrte Damen und Herren, die folgenden Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik geben nicht allein meine persönliche Meinung wieder, sondern stellen eine Zusammenfassung der Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik dar, die durch das Verbundprojekt „Zuwanderer in der Stadt“ erarbeitet wurden.

Partner in diesem Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“ gefördert wird, sind die Darmstädter Schader-Stiftung, der Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, der Deutsche Städtetag sowie das Deutsche Institut für Urbanistik, Berlin und das Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalent-

wicklung, Bochum. Das Projekt ruht auf zwei Säulen, einem Expertenforum aus Praktikern und Wissenschaftlern und dem so genannten Praxis-Netzwerk aus lokalen und regionalen Akteuren der Kommunen und Wohnungswirtschaft der Städte Berlin, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, München und Nürnberg.

Das Expertenforum hat im Jahr 2004 „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ erarbeitet. Aufgabe der am Projekt beteiligten Städte und Wohnungsunternehmen ist es nun, die Empfehlungen auf die jeweils lokalen Zusammenhänge zu übertragen, um die kommunale und wohnungswirtschaftliche Praxis der sozialräumlichen Integration von Zuwanderern weiter zu entwickeln. Ziel des Projektes ist die Erarbeitung von allgemeingültigen Maßnahmen zur Beförderung der sozialräumlichen Integration.

Ich möchte Ihnen im Folgenden den sozialen und gesellschaftlichen Hintergrund kurz skizzieren, der die Aktualität des Projektes unterstreicht. Ein Blick auf die demographische Entwicklung in Deutschland zeigt, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wächst. Gegenwärtig leben mehr als 7,3 Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Rechnet man die Gruppen der Aussiedler und der inzwischen Eingebürgerten sowie die der illegal sich hier aufhaltenden Zuwanderer dazu, beträgt die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund rund 13 Millionen und damit etwa 16 % der Gesamtbevölkerung.

Zuwanderer verteilen sich räumlich nach Bundesländern und Städten sehr unterschiedlich. Sie leben vor allem in Großstädten – z.B. Frankfurt am Main und Stuttgart – und in Ballungsregionen, in denen der Anteil von Migranten über 30 % liegt. Die Stadtgesellschaft wird kulturell und ethnisch heterogener, aber auch die sozioökonomischen Ungleichheiten zwischen den Zuwanderergruppen sowie zwischen der zuwandernden und der deutschen Bevölkerung nehmen zu. Die Arbeitslosigkeit von Ausländern liegt seit vielen Jahren doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus sind Zuwanderer auch auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt. So ist die Wohneigentumsquote von Ausländern deutlich geringer als von Deutschen, Ausländer leben beengter als Deutsche und die Wohnungen von Zuwanderern sind häufig schlechter ausgestattet, jedoch nicht preiswerter als die deutscher Mieter. Dies bedeutet, dass die Integrationsanforderungen an die Kommunen und Wohnungsunternehmen wachsen, zugleich sinken jedoch ihre Steuerungsmöglichkeiten. Stichworte hierfür sind die Finanznot der Kommunen sowie die sinkende Anzahl der kommunalen Wohnungsbestände.

Realität und auch Normalität in vielen Großstädten ist eine sozialräumliche Ausdifferenzierung und Segregation – das heißt eine räumliche Abbildung sozialer Ungleichheiten – der Wohnbevölkerung nach Herkunft, Ethnie, sozialer Lage und Lebensstil. Dies ist normal und wird allgemein nicht als Problem bezeichnet, wenn es freiwillig geschieht; das heißt, wenn Personen ähnlichen Lebensstils und ähnlicher Milieus, z.B. Künstler, Studenten, junge Familien, ein Wohngebiet einem anderen vorziehen. In der aktuellen Diskussion werden jedoch Gebiete, in denen Zuwanderer in hoher Anzahl leben, zunehmend als Problem angesehen, da diese Gebiete in der Öffentlichkeit und in den Medien zunehmend als integrationshemmend und als Ausdruck für Desintegration gewertet werden. Weit verbreitet ist nach wie vor die normative Annahme, dass soziale und ethnische Mischung auf städtischer und Quartiersebene gut ist und die Integration fördert. Prägend hierfür sind das Leitbild der „gesunden sozialen Mischung“ und die Maxime der Vermeidung ethnisch homogener Stadtteile.

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ nimmt diese Diskussion zum Ausgangspunkt und bearbeitet die Möglichkeiten sozialräumlicher Integration von Zuwanderern in Deutschland unter den Bedingungen der sozialräumlichen Segregation. Es diskutiert die Frage, was Kommunen und Wohnungsunternehmen dazu beitragen können, um die Integration von Zuwanderern vor Ort zu verbessern. Damit versucht das Projekt einen Perspektivenwechsel einzuleiten, der ethnische Segregation nicht per se bewertet oder abwertet, sondern die Vorteile (wie integrationsfördernde Netzwerke, ethnische Ökonomie) und Nachteile (Gefahr sozialer Marginalisierung und Abschottung) ethnisch segregierter Gebiete für Zuwanderer und Neuzuwanderer diskutiert. Integration und

Zuwanderer sind auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt: Sie leben im Durchschnitt beengter und in schlechter ausgestatteten Wohnungen als deutschstämmige Mieter. Dennoch zahlen Sie im Schnitt höhere Mieten. Die Wohneigentumsquote von Ausländern liegt deutlich unter der von einheimischen Deutschen.